Französische Verlockung

- 15.02.2026
- NZZ am Sonntag

Die bestellten Lenkwaffen aus den USA verspäten sich auf unbestimmte Zeit. Jetzt bringt sich auch Frankreich als Lieferant eines Systems ins Spiel. Soll die Schweiz aus dem Vertrag mit den USA aussteigen? Von Georg Humbel, Hannes Boos Es ist eine kleine Zeitreise. Zurück in den Kalten Krieg. Wolfgang Hoz, 71 Jahre alt, steigt auf der Anhöhe bei Menzingen im Kanton Zug aus dem Auto.

Dort zeigt er auf eine Lenkwaffe, die sich hinter einem mit Stacheldraht überzogenen Zaun acht Meter hoch gen Himmel richtet. Daneben trotzt eine alte Radaranlage mit zwei grossen Antennen Wind und Wetter. Es handelt sich um eine eingemottete Fliegerabwehrstation des Typus «Bloodhound». Hoz kennt sie gut, fünf Jahre lang kommandierte er sie für die Schweizer Armee. Die Bloodhound-Systeme wurden in den 1960er Jahren in Betrieb genommen, um den Luftraum auf weite Distanzen zu verteidigen.

Die Lenkwaffen konnten Ziele in über 100 Kilometer Entfernung abschiessen. «Im Kalten Krieg hatten wir in der Schweiz die vermutlich dichteste Luftverteidigung Europas», sagt Hoz. Viel geblieben ist davon nicht: Im Jahr 1999 legte der Bund die Bloodhound-Systeme ersatzlos still, ein Entscheid, den Hoz bis heute bedauert. Von den sechs Anlagen steht heute nur noch jene bei Menzingen. Sie wird als denkmalgeschütztes Freiluftmuseum betrieben, inklusive Führungen mit ehemaligen Soldaten.

«Ich war überzeugt, dass es ein Nachfolgesystem geben wird», sagt Hoz. Doch dazu kam es nicht. Seit 1999 steht die Schweiz ohne bodengestützten Schutz vor Luftangriffen aus grosser Distanz da - und das wird sich auch nicht so schnell ändern. «Im luftleeren Raum» Denn wie der Bund am Mittwoch einräumen musste, verspäten sich die in den USA bestellten Patriot-Systeme auf unbestimmte Zeit. «Wir haben keine verlässlichen Informationen, wann und zu welchen Konditionen die Systeme geliefert werden», sagte Robert Scheidegger vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung und Bevölkerungsschutz (VBS).

«Wir sind im luftleeren Raum.» Ausgerechnet in der Flugabwehr klafft also auf Jahre hinaus ein Loch. Dabei sind Raketenangriffe eine der grössten und realistischsten Gefahren für die Schweiz. Geheimdienste rechnen damit, dass sich ab 2028 die Sicherheitslage noch einmal verschärfen wird. Vor diesem Hintergrund kommt jetzt ein Angebot aus Paris.

Jérôme Dufour ist Generalsekretär des Rüstungsunternehmens Eurosam. Das italienisch-französische Konsortium produziert das soeben modernisierte Abwehrsystem Samp/T, das auch als «Mamba» bekannt ist. «Wenn die Schweiz heute bestellt, könnten wir unser System bis 2029 ausliefern», sagt Dufour gegenüber der «NZZ am Sonntag». Damit könnte Eurosam wohl deutlich schneller liefern als die USA. Die neuste Version der europäischen Koproduktion ist eines der wenigen Luftverteidigungssysteme, das mit den Patriots mithalten und Ziele in grosser Entfernung bekämpfen kann.

Dufour betont: «Wenn die Schweiz eine europäische, unabhängige und souveräne Lösung will - wir sind bereit und können liefern.» Das europäische System Samp/T ist eine gemeinsame Entwicklung der beiden Rüstungsriesen MBDA und Thales. Zurzeit werden die ersten Einheiten an die italienische und die französische Armee ausgeliefert. Zudem hat Eurosam mit Dänemark einen weiteren grossen Kunden an Land gezogen. Die Schweiz hat 2019 eine ältere Version getestet und kennt das System.

Der Rüstungsmanager Dufour hebt die Vorteile der europäischen Alternative hervor. «Eine Einheit kann von nur 20 Personen bedient werden.» Das amerikanische System benötige bis zu 90 Soldaten. Samp/T zeichne sich zudem durch eine sehr kurze Reaktionszeit aus und könne Ziele aus allen Himmelsrichtungen bekämpfen. Wie Dufour betont, hat sich das System im

Ernstfall bewährt.

«Die Ukraine scheint damit bislang sehr zufrieden zu sein.» Das Angebot stösst im Parlament auf grosses Interesse. «Wir sind bei Patriot ganz hinten auf der Warteliste», sagt die FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro. Die Präsidentin der nationalrätlichen Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) betont, dass die Schweiz durch die Verspätung der USA eine gefährliche Sicherheitslücke habe. «Wir müssen jetzt Alternativen prüfen, und das Angebot aus Frankreich tönt interessant.

» Ein wenig zurückhaltender, aber ebenfalls offen äussert sich Mathias Zopfi, Grünen-Politiker und Präsident der ständerätlichen SiK. «Ich gehe davon aus, dass der Bund dieses Angebot prüfen wird», sagt er. «Die Situation mit den USA ist äusserst schwierig.» Offenbar haben die Sicherheitspolitiker in Bern langsam genug von der Warterei auf amerikanische Lieferungen. Hinter vorgehaltener Hand sagen Vertreter aller Parteien, dass sie am liebsten aus den Patriot-Verträgen aussteigen würden.

Doch das ist gar nicht so einfach - es könnte vor allem teuer werden. Denn die Schweiz hat bereits rund 700 Millionen Franken Anzahlungen geleistet. Zwar beinhaltet der Vertrag mit den USA eine Ausstiegsklausel, wie Armasuisse bestätigt. Doch die Frage, wie viel Geld die Schweiz zurückerhalten würde, beantwortet das Amt nicht. Pikant ist: Die Schweiz hat die Systeme nicht direkt beim Hersteller bestellt, sondern einen Vertrag mit der US-Regierung abgeschlossen.

Dies liefe gemäss Insidern darauf hinaus, dass der Bund im Falle eines Ausstiegs nur auf den Goodwill der Trump-Administration hoffen könnte. Rechtlich hat die Schweiz keine Garantien. «Wenn die USA nicht innerhalb nützlicher Frist liefern können, dann sollten wir das Geld zurückverlangen», sagt Jacqueline de Quattro. «Es ist sehr viel Steuergeld, und wir brauchen es für die Landesverteidigung.» Weil das schwierig werden dürfte, geistern in Bundesbern auch einigermassen kreative Ideen herum.

«Wenn wir das Geld nicht zurückerhalten, sollten wir zumindest erreichen, dass es anderen laufenden Beschaffungen in den USA angerechnet wird», sagt die SP-Ständerätin Franziska Roth. «Nur warten und hoffen ist kein Plan», so der SVP-Nationalrat und Militärpilot Thomas Hurter. Die Schweiz müsste bestimmter auftreten: «Wenn die USA definitiv nicht liefern können, soll das Geld dem F-35 gutgeschrieben werden.» 700 Millionen abschreiben? Der Bundesrat muss bald einen Grundsatzentscheid fällen. Es ist eine Weichenstellung mit geopolitischer Bedeutung.

Europa hat viel Geld investiert, um eine Alternative zu Patriot aufzubauen. Sollte der Bundesrat den Schritt wagen und sich für «Mamba» entscheiden, wäre das ein starkes Zeichen für die Schweizer Position innerhalb der kontinentalen Sicherheitsarchitektur. Doch die USA würden es garantiert als «unfriendly» deuten, wenn die Schweiz aus dem Vertrag aussteigen würde. Bei den bereits bezahlten 700 Millionen droht ein grosser Abschreiber. Und über allem steht noch immer der Zollstreit.

Eben erst war eine Delegation aus Washington in Bern, um den provisorischen Zoll-Deal in einen Staatsvertrag zu überführen. Wie Recherchen zeigen, waren Waffenkäufe während der Zollverhandlungen immer wieder ein Thema. Wolfgang Hoz, der ehemalige Kommandant der Fliegerabwehranlage bei Menzingen, glaubt weiterhin daran, dass die Patriots dereinst noch kommen. Es wäre ein kleines Wiedersehen. Denn das US- System war bereits einmal auf dem Hügel im Kanton Zug stationiert.

2019 haben die Amerikaner ihre Lenkwaffen hier im Rahmen des Evaluationsverfahrens vorgeführt - wie auch die Franzosen ihre «Mambas». Für die grossen Lastwagen liess die Armee damals extra die Kurven der kleinen Zufahrtsstrasse verbreitern. Menzingen ist also bereit - egal für welches System. «Wenn die USA nicht innert nützlicher Frist liefern, sollten wir das Geld zurückverlangen.» Jacqueline de Quattro, Sicherheitspolitikerin.